
859/J XXII. GP

Eingelangt am 25.09.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Doris Bures
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Wohnungsokkasionen für ÖVP-Parteigänger

Ein Bericht der Wochenzeitung „Falter“ (Nr. 38/03) vom 17.9.2003 deckt auf, dass die ÖVP-Nationalratsabgeordnete und frühere ÖVP-Ministersekretärin Ulrike Baumgartner-Gabitzer von der Bundesimmobilien-gesellschaft eine 143 m² große Altbauwohnung in erstklassiger Lage um 90.000 Euro erworben habe. Seit 1988 habe sie diese Wohnung um 124 Euro direkt von der Bundesbaudirektion, die damals dem Wirtschaftsministerium, also ihrem direkten Dienstgeber, unterstand angemietet. Frau Baumgartner-Gabitzer ist nunmehr in der Situation, dass sie diese Wohnung nach Ablauf von 12 Jahren zum Marktpreis, dabei handelt es sich rund um das Vierfache des Ankaufspreises, veräußern kann.

Im gleichen Haus wurde durch die Tiroler ÖVP-Landesrätin Elisabeth Zanon ebenfalls eine Wohnung angekauft. Diese zahlte an die Bundesimmobilien-gesellschaft einen Betrag von 266.000 Euro für eine um 60 m² kleinere Wohnung.

Auch Michael Sachs, ebenso wie Baumgartner-Gabitzer ein Kabinettschef von Wolfgang Schüssel, war bereits 1995 mit Fragen rund um seine außerordentlich günstige BIG-Wohnung konfrontiert. Dr. Sachs argumentierte damals gegenüber dem Magazin „Trend“, dass er, „die

Vermutung, dass Beamte des Bauten- bzw. Wirtschaftsministeriums einander die besten Wohnungen widmungswidrig zugeschanzt haben, als zu scharfe Formulierung empfinde". Im Zeitpunkt dieser Aussage bewohnte Michael Sachs eine Wohnung in der Liechtensteinstraße zu einem monatlichen Hauptmietzins von 30 Schilling pro m². Losgelöst von seinem Fall, stellte Sachs grundsätzlich die Sinnhaftigkeit von Bundeswohnungen

für Beamte in Frage und hielt fest, dass „sich Minister Schüssel am liebsten ganz davon befreien möchte“.

Besonders widersprüchlich zu diesen Wohnungsvergaben erscheint der Umstand, dass im Sommer 2003 die Regierung, darunter auch die ÖVP-Abgeordnete Baumgartner-Gabitzer, ein Gesetz beschlossen hat, dass den Ankauf von BIG-Wohnungen durch die Mieter verhindert. Auch bei der Veräußerung der Bundeswohnungen ist nicht daran gedacht, Wohnungen ins Eigentum der Mieter zu übertragen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Auf welcher Grundlage wurde durch das Wirtschaftsministerium bzw. die damalige Bundesbaudirektion eine Quadratmetermiete von 0,87 Euro für die Anmietung einer bundeseigenen Wohnung durch Frau Baumgartner-Gabitzer vereinbart?
2. Mit welchem Datum wurde diese bundeseigene Wohnung an Frau Baumgartner-Gabitzer verkauft und auf welcher Berechnungsgrundlage basiert der Kaufpreis von 90.000 Euro?
3. Wie hoch ist der Marktwert der gegenständlichen Wohnung?
4. Auf welchen Überlegungen bzw. Berechnungen resultiert der Vermietungsabschlag vom Kaufpreis in Höhe von 38.000 Euro?
5. Wie ist der Umstand erklärbar, dass ÖVP-Landesrätin Zanon für eine um 60 Quadratmeter kleinere Wohnung im gleichen Objekt den dreifachen Preis bezahlte?
6. Wurde auch dem nunmehrigen Leiter des Bundesvergabeamtes, Dr. Sachs, seine bundeseigene Wohnung zum Kauf angeboten und

wenn ja, zu welchem Quadratmeterpreis und hat dieser dieses Angebot angenommen?

7. Wieviele BIG-Wohnungen wurden seit 4.2.2000 an ehemalige Mieter verkauft, wie hoch war der durchschnittliche Kaufpreis pro Quadratmeter und in welcher Höhe wurde durchschnittlich ein Vermietungsabschlag pro Quadratmeter errechnet?
8. Wieviele (auch ehemalige) ÖVP-Abgeordnete und (auch ehemalige) ÖVP-Ministersekretäre bewohnen eine BIG-Wohnung, geordnet nach Personen und Mietpreis pro Quadratmeter?
9. Wieviele (auch ehemalige) ÖVP-Abgeordnete und (auch ehemalige) ÖVP-Ministersekretäre sind Eigentümerinnen von ehemals bundeseigenen Wohnungen, geordnet nach Personen und Kaufpreis pro Quadratmeter?